



8. März: Allen Frauen unsere besten Wünsche zum Internationalen Frauentag!

Internationaler Frauentag: Mädchen in rosa

Heute, wohin ich auch blicke: Mädchen in rosa, alle Mädchen bis 17 Jahre tragen rosa, sei es als Streifen an den Schuhen, an den Söckchen, als Strumpfhose, Pullover, Kleidchen, Rock, Hemd, Unterhose, einfach überall, in der Bettwäsche, im Waschlappen, Mädchen sind uniformiert, würde man in einer x-beliebigen Schule alle Mädchen auf der einen Seite des Schulhofs sich versammeln lassen, so würde man ein Meer von rosa Farben in allen Schattierungen sehen. Dabei ist rosa eine Unfarbe, ein vorgeschriebenes Muster, was angeblich

alle freiwillig wählen, weil „kleine Mädchen rosa so lieben“, in Wahrheit eine durch Werbung und Industrie produzierte gesellschaftliche Zuschreibung für Mädchen als Glitzergegenstand, als Zierde und Püppchen, als Barbie, rosa Symbol für Zartheit, eine Farbe, von der Jungen sagen: „liiiihhh – Mädchenfarbe!“ Rosa bringt Jungen dazu, Mädchen als nicht zugehörig anzusehen, bringt sie dazu, mit Mädchen nichts Abenteuerliches machen zu können, denn rosa kann schmutzig werden, rosa muss geschont werden, rosa ist niedlich, rosa

ist süß, rosa erfüllt Äußerlichkeit, Ausstellungszweck, rosa bedeutet weibliche Rollenzuschreibung, rosa zementiert Ungleichheit, rosa diskriminiert. Mädchen, die rosa ablehnen, scheint es in Deutschland kaum noch zu geben, und da sie in der Minderheit sind, werden sie schon schief angeguckt.

Woher dieser Rückschlag?

1980 schienen rosa und hellblau schon mindestens zehn Jahre out zu sein, nur hoffnungslose Spießbürger wählten für Baby- oder gar für Kindersachen noch die

altmodischen Geschlechterfarben. Woher die Rückkehr dieser entsetzlichen Gewohnheit, die wir unseren Großeltern zuschrieben, aber niemals gedacht hätten, sie bei unseren Enkeln wiederzufinden?

Unsere Farben waren bunt, kräftig, bestanden aus Grundfarben: rot, blau, gelb, orange, grün, lila und ihrer Mischpalette, unsere Kinder wollten wir nicht ab Babyalter in von der Gesellschaft bestimmte Geschlechterrollen hineinpressen, sie sollten sich ihre Identität frei und auch mal rollenkritisch wählen dürfen, Jungen durften bei uns auch mit Puppen spielen, Mädchen mit Bauklötzern, Mädchen durften auch Abenteuer erleben, darüber lesen, mit dabei sein, Mädchen-Vorbilder waren Pippi Langstrumpf und Ronja Räubertochter. Zukünftig sollten auch Mädchen arbeiten und selbstständig sein. Unterordnung und Hausdame waren passé.

Heute saust die Welt im US/EU-amerikanistischen Globalisierungswahn mit Meilenschritten zurück in die Vergangenheit, Barbie ist „in“ und Barbie trippelt auf Laufstegen und sieht schön aus - in rosa. Ver-

gessen Gleichberechtigung, vergessen Öffnung der allgemeinen Männerwelt draußen auch für Frauen, Barbie konzentriert die Mädchen wieder auf Modepuppe, was auch praktisch ist, denn man braucht mehr als die Hälfte der Menschheit nicht mehr, was sollen uns da auf dem Arbeitsmarkt noch die Frauen! Die brauchen wir dafür aber zur Ablenkung unserer gefrusteten Männchen. Da sie draußen kaum noch etwas gelten, müssen sie wenigstens zuhause eine Rolle spielen, müssen sich über die hilflosen Püppchen erhaben fühlen, geistig sowohl als auch körperlich, sollen immer freundliche Gespielinne haben, die ihnen das Leben versüßen und haben überhaupt nur zugeschriebene und angewiesene, von anderen festgesetzte Funktionen zu erfüllen, alles ganz freiwillig, versteht sich.

Es steht traurig um die Gleichberechtigung im Jahre 100 nach Einführung des internationalen Kampftages für die Rechte der Frau, Frauen sind die Hälfte der Menschheit, keine Minderheit, sie werden aber versteckt, verprügelt, klein und kurz gehalten und lediglich als Ausstellungsstücke in

rosa dürfen sie sich öffentlich zeigen. Frauen haben in den Führungsetagen sämtlicher Berufe nur ein bis zwei Prozent inne, wie kann da von Gleichberechtigung gesprochen werden? Die Besonderheit in unserer Gesellschaft ist die, dass diese Dinge alle so angeblich freiwillig übernommen werden, denn man kann ja hingehen und andere Sachen kaufen. Aber sind Sie schon mal an einem Fußballweltmeistertag ohne Fußballbemalung durch die Straßen geradelt? Ich ja - und es ist nicht einfach, Nonkonformist zu sein.

Bei den Frauen müssen wir also den Rückschritt aufhalten, während alle uns was vom Fortschritt erzählen, der angeblich erreicht wurde. Dies müssen wir besonders den Jugendlichen erzählen: Boykottiert rosa! Boykottiert konservative Rollenmuster, kämpft um euer Recht auf eine Arbeit in allen Bereichen, nicht nur im Friseur-, Pflege- und Kindererziehungsbereich, kämpft aber auch darum, im Privatleben nicht als Püppchen benutzt zu werden, kämpft um eure Würde und Achtung als gleichwertige Menschen.

Anja Röhl

Wie alles begann: 100 Jahre Internationaler Frauentag



»Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient.«

*Clara Zetkin, Frauenrechtlerin, Sozialistin und Initiatorin des Frauentags
2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen*

Die Tradition des Internationalen Frauentags geht auf die Arbeiterinnenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Der damals beginnende Kapitalismus war für Frauen der Arbeitsklasse doppelt hart - sie wurden als Frauen und als Arbeiterinnen ausgebeutet. Die ersten Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, höheren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten sowie menschenwürdigen Wohn- und Lebensbedingungen wurden laut.

Am 27. August 1910 wurde von der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auf Initiative von Clara Zetkin die alljährliche Durchführung eines internationalen Frauentages festgelegt, der sich gegen diese Ausbeutung richtete. Der erste Interna-

tionale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Der revolutionäre Charakter des Frauentags wurde durch die Wahl des Datums unterstrichen. Der 18. März war der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution im Jahr 1848.

Die politische Forderung war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Mehr als eine Million Frauen gingen auf die Strasse, eine bis dahin beispielslose Massenbewegung.

Millionen von Frauen beteiligten sich auch in den folgenden Jahren an Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen anlässlich des Frauentags, der an wechselnden Daten im März oder April stattfand.

Am 8. März 1917 demonstrierten Frauen anlässlich des Internationalen Frauentages in St. Petersburg. In Textilfabriken traten Arbeiterinnen in den Streik und forderten andere Betriebe auf, sich anzuschließen. Schließlich streikten 90.000 Menschen, was am 12.03.1917 die Februar-Revolution auslöste. Der Zar dankte ab und eine provisorische bürgerliche Regierung übernahm die Staatsführung.

Zur Ehre der Rolle der Frauen in der Februar-Revolution wurde auf der 2. Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen im Jahr 1921 in Moskau der 8. März als internationaler Gedenktag eingeführt. Seitdem wird der Internationale Frauentag einheitlich am 8. März begangen.

Sonja Rothmüller

Das Verfassungsgericht spricht - und wer hört zu?

Rückblick auf die Veranstaltung am 4. Februar 2011 im Speicher in Stralsund



Foto: privat

Zu diesem Thema hatte die Abgeordnete des Landtages Dr. Marianne Linke eingeladen, um mit der Bundestagsabgeordneten Frau Sonja Steffen, mit Landes- und Kommunalpolitikern, mit Vertretern der Verwaltung sowie von Vereinen und Verbänden, mit Jugendlichen und Eltern darüber zu beraten, wie die Verfassungsgerichtsentscheidung vom 9. Februar 2010 zu den Hartz IV-Regelsätzen in der Hansestadt umgesetzt werden soll und welche Vorschläge es zur künftigen Aufgabenverteilung im Interesse der Kinder und Jugendlichen im neuen Großkreis geben wird.

50 % der unter 15-jährigen Kinder leben in Mecklenburg-Vorpommern in Haushalten, deren Eltern Hartz IV-Leistungen erhalten bzw. Geringverdiener sind. Je jünger die Kinder, je weiter östlich im Land sie leben, desto höher ist ihr Anteil.

Kinder dürfen auf Grund der sozialen Situation ihrer Eltern nicht stigmatisiert werden. Die Diskussionsteilnehmer waren sich darin einig, dass für alle Kinder der Gesellschaft auf politischem Wege hohe Standards in der Bildung und bei den Freizeitangeboten garantiert werden müssen. Zusätzliche Mittel des Bundes im Rah-

men des „Bildungspakets“ für Kinder, deren Eltern Hartz IV-Leistungen erhalten bzw. Geringverdiener sind, sollten deshalb zur Stärkung der vorhandenen Schul- und Vereinsstrukturen eingesetzt werden. Es sollte von der Kommune alles unternommen werden, um den Aufbau von Parallelstrukturen zu verhindern, denn über den Lernerfolg von Kindern wird ganz maßgeblich an der Schule, im Unterricht und durch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern entschieden. Die Anwesenden sprachen sich folgerichtig für eine Stärkung der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch



Foto: privat

der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Schulen und an den Jugendfreizeiteinrichtungen aus. Bereits an den Grundschulen sollten Schulsozialarbeiter tätig werden, um eine Brücke zwischen den Kindern, der Schule, den Elternhäusern und den Freizeiteinrichtungen zu bauen.

Die Anwesenden unterstützten die politische Forderung, die sogenannten freiwilligen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe wie Pflichtaufgaben zu behandeln und aus den Haushaltskonsolidierungskonzepten der Kommunen herauszuhalten, um das Netz der Kinder- und Jugendeinrichtungen zu erhalten bzw. auszubauen.

Die Anwesenden unterstütz-

ten daneben die politische Forderung nach verlässlicher Arbeit und gesetzlichen Mindestlöhnen für die Eltern, um der Hartz IV- und Armutsfalle zu entgehen. Gerade Mütter – oft alleinerziehend oder einziger Ansprechpartner bei der Kindererziehung – brauchen flexible Rahmenbedingungen sowie das entsprechende Verständnis in der Gesellschaft, um Ausbildung, Berufstätigkeit und Kinderbetreuung vereinbaren zu können.

In der Diskussion blieb die Frage offen, wie in unserem Flächenland – aber selbst in einer Stadt wie Stralsund – „Mobilitätssperren“ überwunden und z. B. Kindern aus Grünhufe der Weg zu

den Freizeiteinrichtungen der Altstadt eröffnet bzw. offen gehalten werden kann.

Das Verfassungsgericht spricht und wer hört zu, lautete an diesem Nachmittag die Frage.

Die Anwesenden haben sehr genau zugehört, nachgedacht und Vorschläge zur Umsetzung der Verfassungsgerichtsentscheidung und zur Neuordnung der Kinder- und Jugendhilfe im Großkreis unterbreitet, die das Ohr des Oberbürgermeisters allerdings nicht erreichten, denn weder er noch seine Beamten waren der Einladung der Abgeordneten gefolgt.

Wolfgang Meyer

Roter Salon: Programmdiskussion mit Prof. Fülberth

Rückblick auf die Veranstaltung am 7. Januar 2011 in Stralsund

Es war ein richtiger Beschluss, die Programmdiskussion in das Jahresbildungsprogramm des Kreisverbands einzuordnen. Dieser Programmentwurf beinhaltet viele Themen, die zu theoretischen Disputen anregen. Das wurde auch in den vom Kreisvorstand und von den Basisorganisationen organisierten Veranstaltungen deutlich.

Als Beispiele sollen hier nur einige Themen genannt werden:

- Die im Zentrum stehende Frage zum kapitalistischen Eigentum, seine Bedeutung und die Notwendigkeit seiner Überwindung, verbunden mit der Frage nach dem Wie.

- Die Aufgaben der Fraktionen und des außerparlamentarischen Kampfes für die Erlangung des demokratischen Sozialismus.

- Die Militärfrage von der Sicherung des Friedens bis hin zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland.

Schon die Themen zeigen, dass wir nicht beim Theoretisieren stehen geblieben sind.

Als ein erstes Ergebnis aus den Diskussionen, meine ich, wäre die Feststellung, dass sich dieser Programmentwurf in die Tradition revolutionärer Parteiprogramme einreicht.

Aber auch an diesem Programmentwurf gibt es Kritikpunkte. Zum Beispiel die unklare Formulierung „strukturbestimmende Betriebe“, bei der die Monopolisierung der Medien gar nicht genannt wird. Es fehlt außerdem eine Darstellung der „Klassenstruktur“.

Für mich war die Veranstaltung am 7.01.2011 mit Prof. Fülberth der bisheriger Höhepunkt in unserer Diskussion.

Auch hier standen die im Programmentwurf formulierte Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und der Weg zum demokratischen Sozialismus auf der Tagesordnung.

Prof. Fülberth machte darauf aufmerksam, dass wir im Kapitalismus leben und das noch lange Zeit. Dazu gab es keine Widerrede. Aber die Frage „Wenn schon im Kapitalismus leben, dann



Foto: privat

in welchem?“ löste eine lebhafteste Diskussion aus.

Schnell war geklärt, dass der gegenwärtige Kapitalismus in verschiedenen Formen auftritt. Dabei tritt der US-amerikanische am aggressivsten auf. Für Deutschland bestehe die Gefahr, dorthin zu gelangen. Zu diesem Thema wurde festgestellt: „Im Kapitalismus existieren seit seiner Herausbildung sozialistische Elemente“, und diese haben ihm geholfen, zu überleben.

Daraus folgt die Frage „Wie viel Sozialismus verträgt der Kapitalismus?“. Damit eng verbunden ist die Frage nach dem Zusammenhang von Reform und Revolution.

Dazu Prof. Fülberth: „Das regulative Motiv im Programmwurf heißt: Reformen sind nur unter revolutionären Zielen möglich!“

Dieser Aussage kann ich gut folgen und damit im Gegensatz zu den 13 Thesen des „Forums Demokratischer Sozialismus“, die ausschließlich den Reformen das Wort reden. Es wird hier der dynamische und innovative Charakter hervorgehoben, der der Menschheit viel Gutes gebracht habe. Der destruktive und zerstörerische Charakter, besonders in der Gegenwart, wird vernachlässigt. Dem Kapitalismus ist nach wie vor die Vernichtung von Volks-

vermögen, Umwelt und Natur, von menschlichen Existenzen und nicht zuletzt menschlichen Lebens immanent.

Die Diskussion am 7.01.2011 brachte mehrheitlich zum Ausdruck, dass ein Leben in keiner Form des Kapitalismus gewünscht sei. Das hat nichts mit Verkenning der Realität zu tun, sondern ist ein Hinweis darauf, dass ein Parteiprogramm sowohl für die nahe als auch für die ferne Zukunft richtungsweisend ist. Mit Sicherheit gibt es weitere Fragen im Zusammenhang mit dem Programmwurf, die von theoretischer und praktischer

Relevanz sind. Wir sollten weiter in der Diskussion bleiben. Warum nicht auch in unserer Zeitung „Sundwelle“?

Ich würde gern über folgende Fragen diskutieren:

- Sind wir eine pazifistische Partei oder eine konsequente Friedenspartei?
- Sind wir eine Mitgliederpartei oder eine Wahlpartei?
- Ist das Mitregieren von allen Mitglieder gewünscht und wie ist es zu verwirklichen?
- Was ist mit den „Wegen zum Kommunismus“?

Hubert Fiebig

Bildung - aber richtig!

Der vergangene Landesparteitag sollte ganz im Zeichen der Bildung stehen. Der dazugehörige Antrag der LAG Bildung formulierte, was sich *DIE LINKE* unter Schulbildung vorstellt.

Andreas Bluhm, bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, sagte dazu: „Wir sind uns bewusst, dass Schulen nur ein Teil des Bildungssystem sind. Die vorschulische Bildung und alle weiteren Bereiche der

Bildung haben eine gleiche Aufmerksamkeit verdient. Bei den Schulen fangen wir aber erstmal an.“

Wie also stellt sich unsere Partei die Schulen in Zukunft vor? Da heißt es im Beschluss zu Anfang: „Eine zukunftsfähige Schule kann sich nur in einer kulturell offenen, lebensfrohen, demokratisch verfassten, sozial gerechten, ökologisch nachhaltig angelegten und

effizient wirtschaftenden Gesellschaft entwickeln.“ Ein Satz der viel aussagt, aber noch sehr allgemein ist. In acht Unterpunkten wird, teils sehr genau, beschrieben, wie dies umgesetzt werden kann. Das längere gemeinsame Lernen wird gefordert, langfristig bis zur mittleren Reife, also Klasse 10. Und das an einer Schule, an der man alle Abschlüsse erwerben kann. Das gegliederte Schulsys-

tem soll überwunden werden. Gerade in Hinblick auf die Schülerzahlentwicklung ist dies erforderlich. Wurden 1990 noch 30.000 Schülerinnen und Schüler eingeschult, werden es 2020 voraussichtlich nur noch 6.500 sein. Die freie Schulwahl, die dieses Jahr eingeführt wurde, lehnt der Beschluss des Landesparteitages ab. Dadurch geraten die Schulen unter einen Konkurrenzdruck, den wir so nicht wollen. Vielmehr



Foto: privat

muss jede Schule den Kindern die bestmögliche Bildung zukommen lassen, dadurch würde die Schulwahl überflüssig. Darüber hinaus fordert der Antrag eine kostenlose Schülerbeförderung, kostenloses Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler, gute Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer sowie eine wirkliche Selbstverwaltung der Schulen.

Ein wichtiger Punkt des Beschlusses ist die Finanzierung der Forderungen. Hier wird deutlich gemacht, dass eine gute Bildung die Schlüsselressource einer Gesellschaft ist und deshalb auskömmlich finanziert werden muss. Andreas Bluhm meint dazu: „Unsere

Forderungen würden richtig ins Geld gehen. Wir müssten in etwa 50 Prozent mehr für Bildung ausgeben. Aber wenn die Politiker immer sagen, Bildung ist das Wichtigste gesellschaftlich Thema, dann dürfen das nicht nur leere Worte bleiben.“

Und so schließt der Antrag mit einer Vision: „Die Schulen sind für alle Wissensbereiche ideal ausgestattet und haben sich von Lern- zu Lebensorten weiterentwickelt. In Ganztagschulen, die Regelschulen sind, können Schülerinnen und Schüler ihre Fähigkeiten entwickeln und ausbauen. Eine Hausaufgabenbetreuung gehört zum Schulalltag. Die

Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf hervorragend qualifiziertes, persönlich geeignetes und stetig weitergebildetes Lehrpersonal. Die Zahl der Lehrerinnen und Lehrer ist so auskömmlich, um keine Ausfallstunden hinnehmen zu müssen. An den staatlichen Schulen bekommen die Schülerinnen und Schüler ein für sie kostenfreies Mittagessen.“

Eine Vision, die schnellstmöglich zum Wohle aller Kinder im Zukunftsland Mecklenburg-Vorpommern, in die Tat umgesetzt werden sollte und für die es sich lohnt, zu streiten.

*Wenke Brüdgam-Pick
Kreisvorstand NVP*

Im Gespräch mit Dr. Marianne Linke

Sie ist die Kandidatin unseres Kreisverbands für die Landesliste und Direktkandidatin im Wahlkreis 25 für die Landtagswahl am 4. September 2011. Dieser Wahlkreis umfasst sowohl Teile der Hansestadt Stralsund als auch einen Teil des Landkreises Nordvorpommern. Unser Redaktionsteam sprach dazu mit Marianne Linke.

Die bekannte Frage heute an Dich: Woher kommst Du, wohin gehst Du?

M. Linke: Ich komme aus Berlin-Mitte, bin zwischen den Trümmern des Nachkriegsberlins aufgewachsen, bei offener Grenze, bei einer Mutter, die nach dem Krieg ohne Wohnung, ohne Beruf, ohne Mann, aber mit drei Kindern klar kommen musste. Meine berufliche und familiäre Entwicklung gleicht der vieler anderer DDR-Bürger. Ich hatte eine bewundernswerte Mutter und kluge, verständnisvolle Lehrer. Bei ihnen habe ich erfahren, dass Lernen und die Welt entdecken Freude bereiten. Ich habe in dieser Zeit und dieser Umgebung aber sehr hautnah begriffen, dass diese Freude nur im Frieden möglich ist und Kriege mit all ihren verheerenden Folgen sich nicht wiederholen dürfen. Das war und bleibt meine Lebenshaltung.

1990 wurde ich dann wie viele andere auch, ungefragt und ungewollt Bürgerin der



Bundesrepublik mit allen Konsequenzen, die mit dem fragwürdigen Wort „Abwicklung“ umschrieben werden. Es gab einen tiefen Einschnitt in mein berufliches und persönliches Leben, den ich als Agrarmeteorologin auf ähnliche Weise mit all' den Hunderttausenden teile, deren Betriebe oder Institute nach dem „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik keinen Fortbestand hatten.

Wie ging es weiter?

M. Linke: Ich war Mitglied der SED und bin 1989/90 nicht ausgetreten. Das wäre

mir peinlich gewesen, denn als Wissenschaftlerin habe ich mich bewusst für eine friedliche, soziale DDR engagiert. Nach der Wende habe ich im Umweltbereich gearbeitet, noch einmal Jura studiert und setze mich auch unter diesen ganz anderen gesellschaftlichen Bedingungen für eine soziale, friedliche Gesellschaft ein.

Als die PDS 2002 nach der ersten rot-roten Koalition ein deprimierendes Wahlergebnis hatte, wurde ich als Genossin mit umfassender Leitungserfahrung und ausgewiesener fachlicher Kompetenz Sozialmi-

nisterin in der zweiten roten Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. In dieser Funktion konnte ich gemeinsam mit den Abgeordneten unserer Partei, mit den Sozialpolitikern der SPD und vielen engagierten Partnern einiges erreichen: wir haben die Mittel für Kinderbetreuung von 72 Mio. auf 90 Mio. € erhöht, 2004 den ersten verbindlichen flächendeckenden Plan für frühkindliche Bildung in einem Bundesland eingeführt, keine Kürzung der Fördermittel für Jugendliche und Senioren zugelassen, u. a. Bundesratsanträge für die solidarische Bürgerversicherung sowie gegen Rentenungerechtigkeit eingebracht. Wir haben gegen den Widerstand der Kassen und Haushaltspolitiker alle 35 Krankenhäuser des Landes im Bestand gesichert und dafür von 2002 bis 2006 allein 535 Mio. € Landesmittel investiert, 2004 wurde das Pflegewohngeld eingeführt (jährlich 8 Mio. € für jeweils Tausende Rentnerinnen und Rentner), eine Leistung die nur in MV existiert. Gegen große Widerstände wurde 2004 eine Tariftreue Regelung für Kita-ErzieherInnen im Kindertagesförderungs-

gesetz verankert. Mit einem sehr fortschrittlichen Landesgesetz für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und der Weigerung, das Blindengeld zu kürzen, haben wir Maßstäbe für eine chancengleiche Entwicklung aller Menschen im Land gesetzt. Die Kürzung des Blindengeldes war dann übrigens eine der ersten Aktionen meines Nachfolgers im Amt, des heutigen SPD-Ministerpräsidenten Sellering. Seit 2006 bin ich Landtagsabgeordnete und als solche für *DIE LINKE* Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Gesundheitspolitik im Landtag und als Abgeordnete zuständig für die Hansestadt Stralsund sowie für die Landkreise Rügen und Nordvorpommern.

Soziales Engagement – wie verwirklicht man das?

M. Linke: Vor allem muss man möglichst viele Verbündete finden. Viele Menschen in unserem Land sind engagiert, gebildet und dennoch sozial benachteiligt: Menschen ohne Arbeit, Hartz IV-Empfänger, Kinder und Rentner, Menschen mit Behinderungen, MigrantInnen, aber auch die vielen Frauen

und Männer, die in den unterschiedlichsten Berufen unterbezahlt sind. Das gibt eine lange Liste und ist eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland.

Die Palette meiner Aktivitäten ist entsprechend umfangreich: sie umfasst den parlamentarischen Einsatz für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz, setzt sich bei regelmäßigen Sprechstunden für Hartz IV-EmpfängerInnen fort, aber auch im hartnäckigen Kampf gegen die Privatisierung sozialer Einrichtungen, für einen gesetzlichen Mindestlohn, im Widerstand gegen die Diffamierung und Ausgrenzung von DDR-Bürgern, was sich nicht nur bei Renten, sondern auch bei den Gehaltsunterschieden zwischen Ost und West zeigt.

Insofern ist der tägliche Kontakt mit den Menschen im Land, meine ehrenamtliche Arbeit in und außerhalb der Partei wichtig, um Bodenhaftung zu halten und immer wieder neu den Blick für die Realitäten zu schärfen.

Was sind Deine wichtigsten Wahlziele?

M. Linke: Mit der Wahl muss uns eine nachhaltige Kursän-

derung in der Landespolitik gelingen, denn die fünf Jahre Große Koalition von SPD und CDU haben der übergroßen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nachweislich geschadet und unserem Land vor allem bundesweite Negativrekorde gebracht. Als Beispiele seien hier nur genannt: die höchste Arbeitslosigkeit, das geringste Durchschnittseinkommen, die gesunkenen Realeinkommen der Beschäftigten und Rentner, eine verdoppelte Kinderarmut und die weitere Verschlechterung der Bildungs- und Berufschancen unserer Kinder und Jugendlichen, sichtbar in der bundesweit höchsten Schulabbrecherquote und dem bundesweit geringsten Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus will ich mich

weiterhin für mehr direkte Demokratie einsetzen, z. B. durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Unsere Einwohner sollen die Möglichkeit erhalten, über den Erhalt von kommunalen Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen sozialen Einrichtungen oder über die Mittelverwendung im soziokulturellen Bereich ihrer Kommune selbst mitzubestimmen. Es wäre auch wichtig gewesen, sie hätten über die Kreisgebietsreform ihr Votum abgeben können. Auf der Bundesebene befürwortete ich Bürgerentscheide zum sofortigen Abzug aus Afghanistan, zum gesetzlichen Mindestlohn, zur Abschaffung von Hartz IV und zur Rente mit 67, zu einer solidarischen Krankenversicherung statt all dieser versichertenfeind-

lichen Gesundheitsreformen mit Zuzahlungen ohne Ende, für eine sozial gerechte Besteuerung der Spitzenverdiener und der Konzernprofite, z. B. durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes und durch die Erhebung der Vermögenssteuer.

Welches persönliche Wahlergebnis strebst Du an?

M. Linke: Mein Ziel ist es, dass möglichst viele Frauen und Männern zur Wahl gehen und wir gemeinsam an die guten Ergebnisse aus der Bundestagswahl 2009 anknüpfen können.

Wir wünschen Dir und Maria Quintana Schmidt viel Kraft für den Wahlkampf und im Interesse aller Stralsunder ein gutes Ergebnis.

Abdanken.

Die Nachrichten meldeten am 12. Februar 2011:

„Pharao Husni Mubarak abgedankt“.

Ich stand am Ostkreuz und hörte eine Straßenmusikantin das Lied singen „Partisanen vom Amur“. Bei der Strophe: „Und so jagten wir das Pack zum Teufel...“, gab ich ihr einen Obolus und sang mit. Dann folgte ich ihren Bli-

cken hoch zum Turm von St. Nikolai und las in übergroßer Schrift: *Atomkraft ist ein Irrweg: Stopp Castor nach Lubmin! Greenpeace.*

Ich bat die junge Frau, dieses Lied noch einmal zu singen, weil ich es nicht oft genug hören kann.

Die Partisanen bekamen für mich eine neue Bedeutung.

Willi Frankenstein



Foto: privat

Termine

Sa., 05.03.2011, 10:00 Uhr
Redebas

Mitgliederversammlung (RÜG, HST, NVP): Diskussion des Landeswahlprogramms mit St. Bockhahn und H. Holter

Mo., 07.03.2011, 18:30
Geschäftsstelle

Kreisvorstandssitzung

Di., 08.03.2011, 16:00
Grünhufer Krug

Frauentagsfeier des KV

Mi., 09.03.2011, 19:00
VHS, Stralsund

Grüner Kapitalismus oder Ökologischer Sozialismus?
Vortrag/Diskussion mit Prof. Dr. Wolfgang Methling, MdL

Fr., 11.03.2011, 18:00
Geschäftsstelle

BO-Vorsitzenden-Runde

Sa., 12.03.2011, 10:00
C.-D.-F.-Haus, Greifswald

Einmalig bei den deutschen Bahnen - Eine Frau als Präsident der Reichsbahndirektion Schwerin. Renate Fölsch stellt ihre Autobiographie vor

Mo., 21.03.2011, 19:00
Geschäftsstelle

Kreisvorstandssitzung

Mi., 23.03.2011, 19:00
C.-D.-F.-Haus, Greifswald

Glücklich beschädigt. Republikflucht nach dem Ende der DDR. Buchvorstellung mit Hans-Dieter Schütt (Autor)

Do., 31.03.2011, 16:00
Löwenscher Saal, Rathaus

Bürgerschaft

Mo., 04.04.2011
Geschäftsstelle

17:00: Programmdebatte

18:30: Kreisvorstandssitzung

Fr., 08.04.2011, 18:00
Geschäftsstelle

BO-Vorsitzenden-Runde

Sa./So., 09./10.04.2011
Göhren-Lebbin

Landesparteitag und LandesvertreterInnenversammlung

Sa., 16.04.2011
10:00-14:00, Bootshaus

Mitgliederversammlung

11:30, Thälmann-Denkmal

Thälmann-Ehrung

Mo., 18.04.2011, 19:00
Geschäftsstelle

Kreisvorstandssitzung

So., 01.05.2011
10:00, Strelapark:

Aktionstag zum Tag der Arbeit

14:00, Geschäftsstelle:

Maifest der Linken

Fraktionsversammlungen
im Kollegiensaal / Rathaus

Mo., 14.03.2011

Mo., 21.03.2011

Mo., 28.03.2011

Mo., 11.04.2011

Mo., 18.04.2011

jeweils 17:00

Impressum:

Herausgeber:



Anschrift:

DIE LINKE.
Kreisverband Stralsund
Heinrich-Heine-Ring 123
18435 Stralsund

Telefon:

03831/30 67 40

E-Mail:

info@die-linke-stralsund.de

Web:

www.die-linke-stralsund.de

V.i.S.d.P.:

Dr. Marianne Linke

Redaktion:

Willi Frankenstein
Marianne Linke
Wolfgang Meyer
Sonja Rothmüller
Peter Hülse

Redaktionsschluss: 24.01.11

Layout & Druck:

IT.HOTSPOT Stralsund

Auflage: 500 Exemplare

Die nächste Ausgabe
der Zeitung Sundwelle
erscheint am 1. Mai 2011.